Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

23.1.1864 (No. 19)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 23. Januar.

Nr. 19.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 22. Januar.

Durch Allerhöchste Ordre vom 20. d. M. wird dem Generalleutnant v. Porbeck vom Armeekorps die Stelle eines Vorstandes der Verwaltungskommission der Militär-Wittwenkasse übertragen;

durch Allerhöchste Ordre von dem gleichen Datum wird dem Hauptmann Schmitt im 4. Infanterieregiment, Prinz Wilhelm, die Dienstauszeichnung 2. Klasse für Offiziere verliehen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

= **Frankfurt,** 22. Jan. Bundestags-Sitzung. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Zivilkommissäre dahin zu instruiren, daß ihre Verhältnisse, sowie diejenigen des Generals Hacke zu den sächsisch-hannoverschen Exekutionstruppen durch den begonnenen Durchmarsch österreichischer und preußischer Truppen unberührt bleiben. Die bisherigen Reservebrigaden Oesterreichs und Preußens gehen zu dem österreichisch-preußischen Einmarschkorps über [werden also dem Befehle Hacke's entzogen].

Dresden, 21. Jan. (W. T.-B.) Neue Anträge des Ausschusses der Abgeordnetenkammer: Die sächsische Regierung solle die Bundesautorität gegen bundeswidrige Unternehmungen energisch vertheidigen; für sofortige Bundesanerkennung Friedrich's eintreten; falls eine sofortige Bundesabstimmung in der Erbfolge-Frage nicht zu erlangen sei, auf Zulassung der Bevollmächtigten des Herzogs Friedrich antragen; mit den bundestreuen Regierungen auf sofortige Verstärkung der Bundestruppen in Holstein und auf Besetzung Schleswigs mit Truppen bundestreuer Regierungen hinwirken. Morgen Verhandlung.

†* **Berlin,** 22. Jan. Abgeordnetenhaus. Dem Abg. Schulze antwortend, bemerkt der Ministerpräsident v. Bismarck, es sei unrichtig, daß sich die Kleinstaaten an Preußen anlehnen wollen; eine fünfzehnjährige Erfahrung beweise, daß sie sich an Oesterreich anlehnen, wovon wir viel zu leiden gehabt. Unsere Aufgabe sei, mit den skandinavischen Völkern in Eintracht zu leben. Ein Minister, der das Vertrauen der Majorität des Hauses erwarten wolle, müßte gegen die Verfassung, den Geist des preußischen Volks und gegen die geschichtlichen Traditionen handeln. Das Haus will ein diplomatischer Hof-Kriegsrath sein und Preußen unter die Majorität des Bundes beugen; Das versteht das preußische Volk nicht; der Rocher de Bronze steht noch!

Graf Schwerin hat sich nach schweren Kämpfen für die Ablehnung entschlossen und hofft, der König werde einen Bundesbeschluß in der Erbfolge-Frage anerkennen. Das Ministerium fürchte die Demokratie und das Ausland.

Hr. v. Bismarck: Die Demokratie hoffe er zu besiegen; die Besorgniß vor dem Auslande sei eine gebotene Vorsicht. Er behaupte heute wie immer die Politik der freien Hand.

Hamburg, 21. Jan. (W. T.-B.) Die gestern hier einquartierten Preußen sind in der Richtung auf Lübeck nach Dürenstedt abgegangen. Die Oesterreicher rücken morgen aus und werden, wie es heißt, in drei Abtheilungen per Eisenbahn nach Holstein befördert.

△ **Hamburg,** 22. Jan. Gestern Abend ist die schleswig-holsteinische Landesdeputation in Altona eingetroffen, wo sie mit Jubel empfangen wurde. In der Nacht kam sie, von Volksmassen begleitet, hier an, wo sie eine Berathung hielt.

† **Kiel,** 21. Jan. Nach dem Abmarsch der Sachsen haben die Turner und die Feuerwehr die Wachen bezogen. Morgen und übermorgen werden 4000 Oesterreicher erwartet.

Kopenhagen, 22. Jan. (W. T.-B.) Die „Folkething" von gestern meldet, Monrad habe erklärt, die November-Verfassung könne nur in verfassungsmäßiger Weise aufgehoben werden; wolle der Bund nicht mehr Hindernisse in den Weg legen, so sei er bereit, Holstein in die konstitutionelle Verbindung mit den andern Theilen der Monarchie aufzunehmen; er werde nicht zollbreit von Dem weichen, wozu er staatsrechtlich verpflichtet sei.

†† **Stockholm.** Große Aufregung herrscht überall wegen der bevorstehenden Besetzung Schleswigs. Adressen, Geldsammlungen, Anwerbung von Civilingenieuren und Kriegsrüstungen werden mit doppeltem Eifer in Schweden und Norwegen betrieben.

Turin, 21. Jan. (Schw. Mrk.) Ein Rundschreiben des Ministers des Innern macht die Präfekten auf die Umtriebe der Aktionspartei aufmerksam, welche die Absicht ausdrücke, die Befugnisse des Parlaments an sich zu reißen und die Meinung zu verbreiten suche, als stehe sie im geheimen Einverständniß mit der Regierung. Das Ministerium sei entschlossen, diesen Umtrieben die Maske abzureißen und jeden Versuch zu unterdrücken. Die Präfekten sollen eine thätige Ueberwachung ausüben und die Gesetze mit Strenge handhaben.

Paris, 22. Jan. (Sch. M.) Im Gesetzgeb. Körper griff gestern E. Picard das allgemeine Sicherheitsgesetz an. Minister Rouland vertheidigte es und erklärte, es werde aufrecht gehalten werden. Bezüglich der provisorischen Verfügungen, welche mit dem Februar 1865 erlöschen, hoffe die Regierung, nicht genöthigt zu sein, deren Verlängerung zu verlangen. Indessen gehe sie keine Verpflichtung in dieser Beziehung ein. Jules Favre behauptete, durch die Ausnahmegesetze werden alle Gewalten geschwächt. Das Amendement der Linken wurde mit 203 gegen 35 Stimmen verworfen. Hierauf entwickelte Jules Simon das Amendement der Opposition bezüglich der Preßfreiheit.

Deutschland.

Frankfurt, 21. Jan. (Presse.) Die vereinigten Ausschüsse des Bundestags in der schleswig-holsteinischen Sache haben — wegen Dringlichkeit der Sache — einstweilen die Zivilkommissäre des Bundes, übereinstimmend mit den von Oesterreich und Preußen abgegebenen Erklärungen, beauftragt, dem Durchmarsch der österreichisch-preußischen Truppen durch Holstein keinerlei Schwierigkeit in den Weg zu legen.

Ein eben dahin lautender Antrag der vereinigten Ausschüsse wird der Bundesversammlung in ihrer nächsten Sitzung vorgelegt werden und ist dessen Annahme außer Zweifel.

○ **Stuttgart,** 22. Jan. In einer großen, gestern vom Schleswig-Holstein-Komitee veranstalteten Versammlung wurden außer einer beschlossenen Adresse an Se. Maj. den König und einer Ansprache an das österreichische und preußische Volk folgende Resolutionen einstimmig gefaßt.

Die Volksversammlung vom 21. Jan. 1864 spricht sich dahin aus:

1) Die Anerkennung des Herzogs von Schleswig-Holstein als Bundesmitglied durch den Bund, dieser Rechtstitel für alle Zukunft, diese nothwendigste Grundlage für die ganze Entwicklung der nationalen Sache in den Herzogthümern, ist die erste und unaufschiebbare Pflicht der bundestreuen Regierungen. 2) Es ist eine Nothwendigkeit, daß die bundestreuen Regierungen, also auch die württembergische, zur Sicherung und Durchführung der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein die gesammte Wehrkraft ihrer Länder bereit halten, und die Anstalten so treffen, daß in wenigen Tagen eine entsprechende Anzahl bundestreuer Truppen nach Holstein befördert werden kann. 3) Die Versammlung erklärt es als die unerläßliche Pflicht unseres Volks, zur Durchführung dieser Rechte, zur Sicherung der Unabhängigkeit der bundestreuen Staaten unter der Führung der bundestreuen Regierungen, alle erforderlichen Opfer durch Verwendung der gesammten Wehrkraft des Volkes und der nöthigen Geldmittel des Staates zu bringen, und erklärt sich ihrerseits zu allen hiedurch an sie erwachsenden Anforderungen bereit. 4) Die Anstrengungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, auf welchen nun die ganze Hoffnung beruht, können nur dann zum Ziel führen, wenn unter den Regierungen, wie unter den Volksstämmen die innigste Verbindung zu Durchführung des Rechts Deutschlands geschlossen wird. 5) Die Versammlung ladet ihre Mitbürger in Stadt und Land ein, in ähnlicher Weise die Gesinnungen und die Bereitwilligkeit des Volkes kund zu thun.

München, 19. Jan. (Sch. M.) Der hiesige Schleswig-Holstein-Verein schreibt so eben für morgen Abend eine allgemeine öffentliche Versammlung im Odeonssaale aus, um eine Adresse an den König zu beschließen, in welcher ihm für seine bisherigen Schritte zur Wahrung des schwer verletzten Rechtes Dank dargebracht und die Bitte ausgesprochen werden soll: er möge sein Wort, mit allen seinen Mitteln für das Recht der Augustenburger einstehen zu wollen, nunmehr und gegenüber der Haltung der Großmächte zur That werden lassen. — Der Nachricht bayrischer Blätter, daß bei den Regimentern die Einberufungsschreiben für die Beurlaubten parat gehalten würden, lag nur das Faktum zu Grunde, daß die Urlaubslisten die alljährlich nach Neujahr erfolgende Rektifikation und Kontrolle erführen. So eben schreiben die bayr. Blätter von Truppenzusammenziehungen bald bei Forchheim, bald am Inn. Ich glaube versichern zu können, daß in diesem Augenblick über solche Maßnahmen noch nichts beschlossen ist, wenn auch für die nächste Zukunft immerhin von Seite der bayrischen Regierung sehr energische Schritte erwartet werden dürfen.

München, 21. Jan. Der „Bayer. Ztg." wird aus Frankfurt geschrieben, der Bericht des Hrn. v. d. Pfordten über die Erbfolge-Frage sei noch nicht fertig, sondern werde wohl in etwa fünf Tagen vollendet sein. Der Korrespondent glaubt, daß der Bund bei festem Zusammenhalten der bundestreuen Staaten die Krisis glücklich bestehen werde, und daß die beiden Großmächte in kurzer Zeit durch die Lage sich gezwungen sehen könnten, sich zum Bunde zurückzuwenden.

Darmstadt, 20. Jan. Die „Darmst. Ztg." sagt:

Der Bundesstaat Holstein hat, so lange er noch unter der unmittelbaren Verwaltung des Bundes steht, gewiß keinen geringern Anspruch auf den bundesverfassungsmäßigen Schutz, als wenn der legitime Herzog bereits anerkannt und somit die Hilfe des Bundes anzurufen im Stande wäre. Der Antrag der großh. hessischen Regierung auf Besetzung Schleswigs ist übrigens, unseres Ermessens, bis jetzt weder formell noch materiell erledigt. Formell nicht, weil am 14. l. M. nur der österreichisch-preußische Antrag zur Abstimmung ausgesetzt war, und materiell nicht, weil mit der Ablehnung dieses Antrags nicht die Verwerfung des großh. hessischen ausgesprochen ist. Die Abstimmung vom 14. l. M. steht einer weitern Beschlußfassung in der Richtung des diesseitigen, jetzt noch dem Ausschusse vorliegenden Antrags nicht im Wege. Wir hoffen, daß die Bundesversammlung sich in der Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Obliegenheiten hinsichtlich des Verhältnisses von Holstein zu Schleswig auch durch das einseitige Vorgehen der beiden deutschen Großmächte nicht beirren lassen, und daß sie jedenfalls ihre Autorität in Holstein unter allen Umständen bis zur Einsetzung des legitimen Herrschers aufrecht zu erhalten wissen wird.

Weimar, 20. Jan. Die „Weim. Ztg." erklärt die Nachricht, nach welcher zwischen der großh. Staatsregierung und dem bei ihr akkreditirten großbritannischen Gesandten bezüglich Schleswig-Holsteins eine Korrespondenz stattgefunden haben soll, für unbegründet.

Hannover, 20. Jan. Die ersten preußischen Truppen trafen gestern Abends hier ein; die versammelte Menge empfing dieselben mit tiefem Schweigen.

Oldenburg, 14. Jan. Man schreibt der „Rh. Ztg.": „Unsere Eisenbahn-Angelegenheit kommt nun zu einem Abschluß. Die preußische Regierung baut eine Bahn von dem Hafen bei Heppens bis hieher zum Anschluß an die Bahn von Oldenburg nach Bremen. Sollte aber künftig einmal Hannover die Führung einer Bahn aus Westphalen durch Hannover in's Oldenburgische gestatten, so bleibt Preußen verpflichtet, eine solche Eisenbahn zum Anschluß an die Köln-Mindener Bahn herzustellen."

Oldenburg, 19. Jan. (Rh. Z.) In der heutigen Sitzung hat der Landtag einen vom Appellationsrath Dannenberg gestellten Antrag, betreffend die Betheiligung Oldenburgs bei der schleswig-holsteinischen Anleihe, mit einem Zusatzantrag vom Assessor Hullmann, „bis zur Summe von mindestens 100,000 Thlrn.," mit großer Majorität angenommen.

Bremen, 20. Jan. (Wes.-Z.) Die Antwort des Senats in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit lautet:

Der Senat nicht minder als die Bürgerschaft hält es im Interesse dieser Angelegenheit für geboten, daß die Erledigung der Erbfolge-Frage durch die Bundesversammlung beschleunigt werde und da, wo es sich um die Feststellung und Wahrung deutschen Rechts handelt, die Einmischung des Auslandes fern bleibe. Die Bürgerschaft darf vertrauen, daß der Senat in diesem Sinn Alles, was in seinen Kräften steht, zu thun nicht verabsäumen wird.

Hamburg, 20. Jan. (Köln. Ztg.) Gestern Nachmittag um 3 Uhr ward unerwartet eine außerordentliche Sitzung des Senats abgehalten. Um was es sich dabei gehandelt hat, ersieht man aus einer an der Spitze des heutigen Amtsblattes stehenden Bekanntmachung. Der Senat erklärt darin, ihm sei erst gestern die Anzeige zugegangen, daß an den folgenden Tagen preußische Truppen auf dem Durchmarsche durch Hamburg kommen und theilweise hier 24 Stunden unterzubringen sein würden. Eine vorgängige Mittheilung von Seiten der preußischen Regierung habe nicht Statt gefunden, und werde der Senat deßhalb Aufklärung verlangen und Beschwerde führen, — übrigens die zur Unterbringung der Truppen erforderlichen Einrichtungen treffen lassen. Hieran schließt sich eine Bekanntmachung der Einquartierungskommission, welche ankündigt, daß es unter den obwaltenden Umständen sich nicht vermeiden lassen werde, die Stadt und Vorstädte mit Naturaleinquartierung zu belegen. Als Mitglied des Deutschen Bundes wird Hamburg selbstverständlich sich nicht entziehen können, allen Beschlüssen desselben und den daraus sich ergebenden Folgen in militärischen Dingen ohne Weiteres nachzukommen, auch wenn es mit den rechtzeitigen Ankündigungen nicht so genau gehalten worden; allein ein Anderes ist es doch, wenn nicht nur ohne, sondern gar im Widerspruch mit einem Bundestags-Beschluß einzelne deutsche Regierungen ihre Truppen marschiren lassen, daß diese ohne vorgängige Verständigung und selbst ohne besondere Kommunikation Seitens der Regierung im Gebiete eines andern souveränen Bundesstaates Quartier nehmen.

Altona, 20. Jan. (W. T.-B.) In der heutigen gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und des Deputirtenkollegiums wurde einstimmig beschlossen, den Herzog durch eine Deputation zum Besuch einzuladen, und zwei Mitglieder des Deputirtenkollegiums der wegen Beschleunigung der Anerkennung des Herzogs nach Frankfurt gehenden großen Deputation beizugesellen.

Altona, 21. Jan. (W. T.-B.) Das Thermometer zeigt einen Grad Wärme. Auf Freitag sind sämmtliche Eisenbahn-Wagen hieher bestellt; es geht dann alle zwei Stunden ein Militärzug nordwärts ab. In einer Verordnung an die holstein-lauenburgischen Polizeibehörden sagen die Bundeskommissäre u. A.: Die an einzelnen Orten gemachte Wahrnehmung der Organisirung von Wehrvereinen veranlaßt uns, die Wachsamkeit der Behörden auf die Ungesetzlich-

keit solchen Vorhabens zu lenken, wodurch dem Lande wie einzelnen Gemeinden nothwendig Verwicklungen erwachsen. Die Polizeibehörden haben gegen derartige Bestrebungen nöthigenfalls nachdrücklichst einzuschreiten und sofortige Anzeige zu machen.

Kiel, 18. Jan. (Südd. Ztg.) Nach den dänischen Zeitungen zu urtheilen, scheint man in Kopenhagen nicht an eine Aufhebung der Verfassung vom 18. November zu denken. Sollte dies auf gesetzmäßigem Wege geschehen, mithin unter Mitwirkung des Reichsraths, so würden auch mindestens 7 bis 8 Wochen darüber hingehen müssen; denn eine so lange Zeit würden nach dem Wahlgesetz vom 4. Dezember v. J. die Wahlformalitäten in Anspruch nehmen. — Aus Schleswig erfährt man, daß zwei aus Schleswig rekrutirte Regimenter, das 10. und 12., demnächst aufgelöst und unter den aus Jütland rekrutirten Regimentern vertheilt werden sollen.

Am 15. Januar fand in Kiel ein Pistolenduell zwischen einem sächsischen Offizier und einem ehemaligen Jägerleutnant, jetzigen Eisenbahn-Beamten statt, wobei Ersterer einen Schuß in die Brust, Letzterer eine Streifwunde erhielt, die ihn an seinem Dienst nicht behindert. Veranlassung sollen einige mißliebige Aeußerungen des Offiziers über den Herzog von Schleswig-Holstein gewesen sein.

Von der Eider, 18. Jan. Wie verlautet, hat die in der letztern Zeit wegen der Einberufung der schleswigschen Wehrpflichtigen bis zum 35. Lebensjahre häufiger vorkommende Entweichung der südschleswigschen Einberufenen südwärts über die Eider, wodurch die Letzteren (größtentheils verheirathet) sich der militärischen Dienstpflicht zum Nachtheil Dänemarks entzogen haben, den dänischen Militärautoritäten zu strengeren Anordnungen Anlaß gegeben. Wie wir erfahren, wird jetzt die Passage nach dem Herzogthum Holstein auf das strengste überwacht, indem der einzelne Reisende mit einem Begleitschein versehen sein muß, und heißt es im Ferneren, daß gegen die auf der Flucht begriffenen, angehaltenen schleswigschen Dienstpflichtigen die sonst für wirkliche Militärdeserteure geltende volle Strenge des dänischen Kriegsgesetzes in Kraft gesetzt worden ist, und zwar nach der Anordnung des dänischen Oberbefehlshabers, Generalleutnants de Meza.

Berlin, 20. Jan. (Köln. Ztg.) Der höchstkommandirende General, Feldmarschall Frhr. v. Wrangel, trifft am 24. d. M. mit seinem Stab in Hamburg ein. Nach den getroffenen Anordnungen sollen die zum Einmarsch in Schleswig bestimmten preußischen und österreichischen Truppen an der Eider so lange stehen bleiben, bis der Bescheid auf ein dann nach Kopenhagen zu entsendendes neues Ultimatum eingetroffen ist. Die Zahl der bis jetzt preußischer Seits für den Zug nach Schleswig mobilisirten Truppen dürfte sich auf 42,000 Mann belaufen, die der Oesterreicher möchte auf 37,000 zu veranschlagen sein. Das über Breslau und Berlin kommende österreichische Armeekorps besteht aus 693 Offizieren, 19,885 Unteroffizieren und Gemeinen, nebst 4979 Pferden.

Berlin, 20. Jan. Die „N. Frkf. Ztg." hatte das Gerücht widerlegt, das Haus Rothschild habe der preußischen Regierung Anerbietungen in Betreff der sog. Kronanleihe gemacht. Darauf erwiedert die „N. Preuß. Ztg.", sie wisse in Bezug auf die Rotschilds zur Sache nichts; es sei ihr aber bekannt, daß viele preußische, deutsche und außerdeutsche Bankhäuser der Regierung angeboten haben, ihr auf künftige Anleihen Vorschüsse zu geben. — Der Gneist'sche Bericht über die Militärnovelle ist erschienen. Es ist mehr ein Buch als ein Bericht; es ist der literarische Abschluß der Militärfrage auf dem Gebiete der Kommissionsberichte. Das Resultat der Kommissionsverhandlungen (einfache Ablehnung der Regierungsvorlage) ist bereits bekannt. — J. Jacoby ist zum Stadtverordneten in Königsberg gewählt worden.

Die in der Anleihekommission des Abgeordnetenhauses vom Ministerpräsidenten abgegebene Erklärung lautet in dem Bericht der betreffenden Kommission vollständig:

Bis jetzt sei es nicht die Absicht der Staatsregierung, auf einem andern Fundament als dem des Bundes vorzugehen; Das schließe aber allerdings die Möglichkeit eines selbständigen Vorgehens nicht aus, wenn die Anträge Preußens die Majorität beim Bunde nicht finden sollten. Seine Pflicht als Minister der auswärtigen Angelegenheiten sei es, in erster Reihe die preußischen Interessen, nicht die Interessen einer andern Dynastie oder irgend welcher Nationalität wahrzunehmen. Es sei nicht zuzugeben, daß über die Gesammtkraft Preußens und Oesterreichs, also derjenigen Mächte, welche das Glashaus des deutschen Staatenwesens vor europäischer Zugluft schützen, durch eine Majorität verfügt werde, die möglicher Weise noch keine $2^1/_2$ Mill. Einwohner repräsentire. So lange die Trennung der Territorien in Deutschland bleibe, so lange könne wohl von deutschen Handelsinteressen und dergleichen, nicht aber von deutschen Interessen in der Politik, sondern nur von österreichischen, preußischen, bayrischen ꝛc. die Rede sein. Die Frage wegen völliger Lossagung Preußens vom Londoner Vertrag erachte er mehr als eine Frage der Opportunität, als des Rechts. Nur diejenigen Rechtsdeduktionen, welche man die Macht besitze, durchzusetzen, hätten Kraft. Man verfalle oft in den Irrthum, zu meinen, daß das Recht der Staaten durch Juristen gefunden, nicht durch Verträge gemacht werde. An Verträge den bloßen Maßstab der Gerechtigkeit zu legen, sei eine mißliche Sache. Man möge nur an die Wiener Verträge denken, welche viel Ungerechtes enthielten, und dennoch nun bald 50 Jahre die Grundlage des europäischen Staatensystems bildeten, an Polen, an die Schmälerung Sachsens, dessen König nur dafür bestraft sei, daß er, allein in der Gewalt Napoleon's befindlich, sich den Alliirten nicht habe anschließen können. Wenn — wie dies in der Kommission geschehen — die deutschen Rechtsdeduktionen in dieser Angelegenheit für durchaus klar und durchsichtig, die abweichenden Ausführungen von Männern wie Pernice dagegen mit Bezeichnungen, wie „fadenscheinige Sophistik" und „Winkel-Argumentationen" belegt seien, so wolle er statt jeder Kritik nur sagen, daß Winkelargumentationen, wenn sie die Mehrheit der europäischen Bajonnette erhalten, die Oberhand zu gewinnen pflegen. Bei der Frage der Opportunität aber spielten unsere Beziehungen zum Herzogthum Schleswig eine gewichtige Rolle. Denn sobald wir uns vom Londoner Vertrage lossagen, fielen die konneren Uebereinkünfte von 1851/52, und damit der Anspruch auf Einmischung in Betreff der Rechte Schleswigs hinweg. Vom Augenblick des Rücktritts vom Londoner Vertrag also würden die Herzogthümer verschiedenen Wegen zugewiesen, und dann trete die Frage sofort in den Vordergrund: ob der Bund das Recht habe, einem deutschen Fürsten sein außerdeutsches Land — Schleswig — zu erobern. Ein solches Recht des Bundes sei aus den Bundesverträgen, welche blos eine Assekurranz bildeten, nimmermehr abzuleiten. Werde eine derartige Kompetenz angenommen, so würde daraus folgen, daß der Bund dem König von Preußen Neufchatel und dem Kaiser von Oesterreich seine Secundo-Genituren in Italien hätte zurückerobern müssen. Im Augenblick des Rücktritts vom Londoner Protokoll könne Dänemark ohne Weiteres Schleswig inkorporiren. Der 1. Januar d. J., auf welchen Zeitpunkt als einen entscheidenden früher von ihm verwiesen sei, habe dem Auftreten der deutschen Großmächte allerdings eine andere Gestalt gegeben: man möge nur an die Abreise des preußischen und österreichischen Gesandten aus Kopenhagen, und an den im Hinblick auf jenes Datum am 28. Dezember v. J. gestellten gemeinsamen Antrag denken, welcher eventuell eine Okkupation Schleswigs in Aussicht nehme. Ueber eine Ausweisung des Erbprinzen von Augustenburg habe der Bund überhaupt keinen Beschluß gefaßt. Es seien für den Präsidialantrag (den Erbprinzen zu ersuchen, das Land zu verlassen) 7 bejahende, 5 verneinende und 4 jenes Ersuchen in die Form eines Wunsches kleidende Stimmen abgegeben, und darauf der Antrag in den Ausschuß verwiesen. Der diesseitige Gesandte habe, zwar ohne Instruktion, aber in voller Uebereinstimmung mit den Intentionen seiner Regierung, mit Ja gestimmt, weil die Gegenwart des Erbprinzen die Bundesthätigkeit behindere und dem Ansehen des Bundes widerspreche.

Berlin, 21. Jan. (Nat.-Ztg.) Das Abgeordnetenhaus trat heute in die Diskussion der Anleihevorlage. Die allgemeine Diskussion wurde über den Gesetzentwurf und die Resolution zugleich eröffnet.

Der Abg. Grote hatte ein Amendement zu der Resolution eingereicht, welches dem im ursprünglichen Antrage enthaltenen Erwägungsgrund entspricht, daß der Gang der preußisch-österreichischen Politik nur zur Folge haben könne, daß die Herzogthümer zum zweiten Male an Dänemark überliefert werden. Abg. Aßmann als Berichterstatter befürwortete die Kommissionsanträge. (Von den Ministern fehlten bei Beginn der Verhandlung nur die Minister des Innern, der Justiz- und der Kultusminister.) Der Referent ging auf die preußisch-österreichische Erklärung vom 14. d. M. ein, um nachzuweisen, daß Preußen sich darin eine Befugniß beilege, welche nur dem Bunde zustehe. Preußen setze sich damit in Opposition gegen die deutschen Regierungen und die deutsche Nation. Das Haus werde seinem Votum das Interesse und die Ehre Deutschlands zu Grunde legen, wie es dieselben verstehe. Das ablehnende Votum genüge seit den inzwischen vorgekommenen Ereignissen nicht mehr; es sei nöthig, die Verurtheilung der Politik der Regierung und die Lossagung von jeder Gemeinschaft mit derselben durch Annahme der von Schulze und Carlowitz beantragten Resolution in der Kommissionsfassung klar auszusprechen. Wenn Preußen nur die Wahl habe zwischen Ohnmacht und Stillstand, so bleibe nichts übrig, als die Ohnmacht zu wählen.

Ministerpräsident v. Bismarck erklärte beim Eingang in die Debatte etwa Folgendes: Er wolle nur das vorliegende Material vervollständigen. Er habe in der Kommission nicht gesagt: im Augenblick des Rücktritts vom Londoner Vertrag könne Dänemark Schleswig inkorporiren; er habe nur gesagt: werde, und über das Recht Dänemarks ein Urtheil nicht abgegeben. Der Ausdruck: er werde die Mittel nehmen, wo er sie finde, sei zu schroff und nicht den von ihm gewählten Ausdrücken, welche auf verfassungsmäßige Wege hingedeutet, entsprechend. Der Ministerpräsident verlas hierauf eine an die deutschen Regierungen in diesen Tagen gerichtete Depesche, in welcher darauf hingewiesen wird, daß zwischen der Errichtung eines selbständigen Staats Schleswig-Holstein unter den Augustenburgern und der einfachen Rückkehr zu den vorherigen Zuständen Kombinationen in der Mitte liegen, welche die deutschen Rechte sichern und den europäischen Mächten gegenüber zur Anerkennung gebracht werden können; so namentlich eine Selbständigkeit der Herzogthümer unter Personalunion mit Dänemark, bei Feststellung eines ähnlichen Verhältnisses wie zwischen Schweden und Norwegen. Um ein solches Ziel zu erreichen, sei förderlich, eine vollendete Thatsache zu schaffen, entweder durch Aufhebung der dänisch-schleswigschen Verfassung, oder durch Besetzung Schleswigs durch preußisch-österreichische Truppen. Durch eine augustenburgische Erbfolge (der Preußen prinzipiell nicht entgegen sei) blos in Holstein, das Einzige, was der Bund ohne Eroberungskrieg erreichen könne, würden die deutschen Rechte in Schleswig nicht gesichert. Die Depesche sucht durch diese Erläuterungen das Mißtrauen zu zerstreuen, welches die deutschen Staaten verhindert zu haben scheine, mit den Großmächten zu gehen; das Mißtrauen, als beabsichtigten dieselben einfache Rückkehr zu den früheren Zuständen. Der Ministerpräsident fügte dem noch Bemerkungen über die schleswig'sche Erbfolge-Frage hinzu.

Abg. v. Gottberg (feudal) gegen die Kommissionsanträge; er wirft zunächst dem Hause sein langes Zaudern vor und geht dann auf die bundesrechtliche Seite der Frage, ferner auf die Aufgabe Preußens, die deutschen Staaten gegen die aufständischen Elemente zu schützen, ein. Zeiten, wie die von 1849, könnten wiederkehren. Die Selbständigkeit Holsteins könne eben so gut bestehen, wenn der König von Dänemark, wie wenn der Erbprinz von Augustenburg Herzog sei. Er theile nicht den Abscheu der Kommission gegen die heilige Allianz; sie sei ein Wall gegen Frankreich und gegen die Revolution. Der Bund könne Preußen nicht hindern, die Ausführung der Londoner Verabredungen zu erzwingen. Von dem Verhalten Dänemarks hänge es dann ab, ob Christian Herzog von Schleswig und Holstein werde. Die Politik des Ministeriums vergebe den Rechten Schleswigs und Holsteins Nichts, weßhalb er für die Anleihe stimme.

Abg. Virchow: Das Haus sei in dieser Frage bis zur äußersten Grenze persönlicher Konzessionen gegangen, um sachliche Verständigung herbeizuführen. Die Mittheilungen des Ministerpräsidenten seien allerdings nicht geeignet, das Haus umzustimmen, da sie keine Mittheilungen, sondern nur allgemeine Betrachtungen enthalten, und beweisen, daß Preußen auch heute noch keine bestimmte Politik habe. Neu sei nur die Ueberzeugung der Regierung, daß eine Durchführung der Verabredungen von 1851 und 52 einen festen Zustand nicht schaffen, also unmöglich sei. Redner wendet sich hierauf noch kurz gegen die Bemerkungen, welche der Ministerpräsident über den Kommissionsbericht gemacht hat, und geht dann auf die verschiedenen Seiten der Frage in einem ausführlichen, von häufigem Beifall begleiteten Vortrag ein. Die Rede veranlaßte eine Erwiederung des Ministerpräsidenten, in welcher er wieder betonte, daß er nicht auf die Kritik mit einer Gegenkritik eingehen, sondern sich rein auf dem Boden thatsächlicher Berichtigung halten wolle. Es folgte Abg. Graf Wartensleben gegen, Abg. Moeller für die Kommissionsanträge.

(Schluß folgt.)

◇ **Berlin,** 21. Jan. Der Prinz Friedrich Karl, Befehlshaber des mobilen preußischen Armeekorps, ist gestern Abend mit den Offizieren seines Stabes zu den Truppen nach der holsteinischen Grenze abgerückt. Der Einmarsch des preußischen Korps in Holstein zum Durchzuge nach dem Herzogthum Schleswig erfolgt theils über Lübeck, theils über Hamburg. In Hamburg wird der Feldmarschall v. Wrangel den Oberbefehl über die nach Schleswig vorrückenden vereinigten Streitkräfte Preußens und Oesterreichs übernehmen. — Vorgestern und gestern sind vom Gardekorps mehrere Kommandos nach den verschiedenen Provinzen abgegangen, um die einberufenen Reservisten dieses Korps von ihren Gestellungsplätzen hieher zu holen. An die in Berlin wohnhaften Reservemannschaften der Garde-Infanterie und Artillerie, sowie der Spezialwaffen wurden vorgestern die Einberufungsordres befördert.

In den hiesigen politischen Kreisen macht sich mit großer Bestimmtheit die Meinung geltend, daß noch vor Ende der nächsten Woche die Schließung des Landtags eintreten werde. Man erwartet den Sessionsschluß alsbald nach den Abstimmungen des Herrenhauses über den Staatshaushalts-Etat und über die von der Regierung eingebrachten Eisenbahn-Vorlagen. Allen Anzeichen nach wird der Budgetentwurf für 1864 in der Gestalt, in welcher er aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen ist, vom Herrenhaus verworfen werden. — Durch königl. Kabinetsordre vom 14. d. M. ist der Prinz Albrecht in das künftige Hauptquartier des Feldmarschalls v. Wrangel berufen worden. Se. Königl. Hoheit wird sich am Samstag mit dem Feldmarschall nach Hamburg begeben. Am Sonntag den 24. nimmt die Beförderung der österreichischen Truppen von Breslau über Berlin nach Hamburg ihren Anfang.

Breslau, 21. Jan. (W. T.-B.) Die „Schles. Ztg." meldet: Nächsten Sonntag beginnt die Beförderung der Oesterreicher von Breslau nach Berlin. Alle zwei Stunden wird ein Extrazug abgehen. Der Güterverkehr ist auf der ganzen Bahnstrecke beschränkt.

Wien, 18. Jan. Die „Presse" theilt einige Einzelheiten aus der Sitzung mit, in welcher die erste Sektion des Finanzausschusses heute über die Kreditforderung von 10 Millionen zu Zwecken der Operationen in Schleswig-Holstein berieth. Die Sitzung begann um 5 Uhr Nachmittags und endete erst um 10 Uhr Abends. Anwesend waren von den Ministern Graf Rechberg in Begleitung des Ministerialraths v. Biegeleben und Hr. v. Schmerling. Eine eigentliche Debatte fand nicht statt. Aus der Verhandlung resultirte zunächst das Eine, daß bei der im Abgeordnetenhause eingebrachten Kreditforderung die seitherigen Verhältnisse, die Ablehnung des österreichisch-preußischen Antrags und das selbständige Zusammengehen Oesterreichs und Preußens, noch nicht in Betracht gezogen waren; mit anderen Worten, diese Kreditforderung hatte die bundesmäßige Exekution in Holstein, nicht aber die nunmehrige Okkupation Schleswigs zur Grundlage. In Folge dieser Aenderung der Sachlage mußte die Sektion ihre Berathung sistiren, und es wird die neuerliche Aufstellung der Kreditforderung, angepaßt den mittlerweile eingetretenen Veränderungen, Gegenstand einer morgen stattfindenden Ministerkonferenz sein. Welchen Eindruck die Ausführungen der Minister — Staatsminister v. Schmerling nahm einmal das Wort, um in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem Grafen Rechberg die Gesichtspunkte der Regierung darzulegen — auf die Mitglieder der Sektion hervorbrachten, vermögen wir nicht zu sagen; dieselben enthielten sich für heute jeder eingehenden Meinungsäußerung. Doch scheinen von den Mitgliedern der Sektion (Potoczki, Giskra, Schindler, Graf Kinski, Eiselsberg, Hagenauer, Tinti) nur zwei den ministeriellen Anschauungen nahe zu stehen. Ein positiver Antrag Seitens des Referenten Dr. Giskra lag heute noch nicht vor. Die Sektion nimmt morgen Abend ihre Berathung wieder auf.

Wien, 20. Jan. Die Worte, welche der Kaiser an die vorgestern zur Revue ausgerückten Truppen richtete, lauten nach der „Wien. Ztg.":

Ehe die heut ausgerückten Truppen an ihre neue Bestimmung abgehen, spreche Ich denselben meine volle Befriedigung aus über ihre Haltung während der Zeit, die sie hier in Garnison waren. Sie haben die Bestimmung, die österreichischen Waffen in fernen Gegenden zu vertreten. Ich weiß, daß Sie uns Ehre machen, daß Sie unsere Fahnen hoch halten werden. Deßhalb erwarte Ich für den Fall einer feindlichen Aktion, daß Sie mit den preußischen Truppen an Tapferkeit und Ausdauer wetteifern werden. Ich erwarte echte Kameradschaft mit den preußischen Waffenbrüdern. Ich erwarte die strengste Disziplin in jeder Beziehung. Diese wenigen Worte habe Ich Ihnen ans Herz legen wollen. Und nun leben Sie wohl, meine Herren, Gott geleite Sie!

Die „Oesterr. Ztg." gibt zu den Aufklärungen des Grafen Rechberg und Hrn. v. Schmerling im Finanzausschuß über Oesterreichs Stellung zu der schleswig-holsteinischen Frage folgende Aufschlüsse (Aktenstücke sollen in vertraulicher Weise mitgetheilt, und von den Ministern der Wunsch geäußert worden sein, von den Eröffnungen möglichst sparsamen Gebrauch zu machen):

Der Gedanke der Regierung besteht darin, daß Preußen und Oesterreich nicht gegen, sondern neben dem Bund agiren, was ihnen in ihrer Eigenschaft als europäische Großmächte nicht verwehrt werden kann. Sie lassen die Successionsfrage offen. Der Londoner Vertrag bleibt daher bei Seite liegen, und es handelt sich vorderhand nur um die gegenseitigen Abschlüsse von 1851. Die beiden deutschen Großmächte glauben deßhalb auf eigene Faust handeln zu müssen, weil die Annahme des darmstädtischen Antrags und dessen Vollzug nothwendiger Weise zu einem allgemeinen Krieg führen müßte; die Aktion der Großmächte aber beschränkt den Konflikt, wenn Dänemark Folge leistet, auf diesen Staat, da die nicht-deutschen Großmächte für diesen Fall kaum zu einer Intervention schreiten werden. Am meisten werden jedoch dabei Seitens der beiden Großmächte die praktischen Folgen her-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

vorgehoben. Eine Bundesexpedition würde ziemlich viel Zeit in Anspruch nehmen, die wärmere Jahreszeit würde herankommen und das Dannewerk eine der festesten Positionen werden, deren Einnahme sehr viel Blut und Geld kosten würde. Preußen und Oesterreich haben die nöthige Truppenzahl marschfertig, die Okkupation Schleswigs kann in dieser Jahreszeit selbst bei der tapfersten Gegenwehr der Dänen in wenigen Wochen erfolgt sein. Schleswig wird so der dänischen Herrschaft und der dänischen Bedrückung los; dann kann die Frage in ihrem ganzen Umfang leichter gelöst werden, die keine bloß deutsche, sondern auch eine europäische ist.

Wien, 21. Jan. Die „Generalkoresp." schreibt:

Nachdem die in der Sommation vom 16. d. der dänischen Regierung gestellte Frist von 48 Stunden abgelaufen, sind die kaiserl. österreichischen Truppen in Marsch gesetzt worden, um gemeinschaftlich mit den königl. preußischen Schleswig zu besetzen. Gleichzeitig dürften die Gesandtschaften Oesterreichs und Preußens, wenn nicht Elementarereignisse unübersteigliche Hindernisse entgegenstellten, Kopenhagen verlassen haben.

Nach gestern in Wien eingetroffenen telegraphischen Nachrichten aus Kopenhagen sahen die Gesandten Oesterreichs und Preußens sich in der That durch Elementarverhältnisse gehindert, die dänische Hauptstadt zu verlassen.

Die „Nordd. All. Ztg." schreibt im Hinblick auf die Abreise der Gesandten Oesterreichs und Preußens von Kopenhagen: „Die Kanzleien bleiben einstweilen zur Abwicklung der nothwendigen Geschäfte zurück, werden aber Kopenhagen dann verlassen, sobald das Ultimatum gestellt sein wird, welches gleichzeitig mit dem Aufmarsch der preußisch-österreichischen Truppen an der Eider erfolgen wird."

Mit dem heutigen Tag ist das Hauptquartier (FML. Gablenz) des nach Schleswig bestimmten 6. Armeekorps von Wien nach Olmütz verlegt worden.

Italien.

Turin, 19. Jan. Der „N. Frkf. Ztg." wird über die Haltung der italienischen Presse gegenüber der schleswig-holsteinischen Frage geschrieben:

Das größte Erstaunen muß es erregen, wie die demokratische Presse und vor allen andern der die parlamentarische Demokratie vertretende „Diritto" eine Sprache führt, die so geradezu den sonst von ihnen vertretenen Prinzipien widerspricht. Das genannte Blatt geht so weit, nicht allein den Dänen und den mit ihnen verbundenen skandinavischen Völkern den Sieg zu wünschen, sondern auch es auszusprechen, daß die Deutschen für ihre Anmaßung gestraft werden möchten. Vergebens forscht man nach den Gründen, die „Diritto" vermögen können, diese auffallende Sprache zu führen. Sollte es Unkenntniß und Mangel an politischem Urtheil sein? Oder müssen wir die Ursache darin suchen, daß eben die italienische Demokratie der englischen Politik folgt? In diesem Fall müßten wir das Land beklagen, das keine Partei besitzt, die sich zur Unabhängigkeit erheben könnte. — Die klerikalen Blätter, z. B. „Armonia" und „Unita Cattolica", beschränken sich, in ihren Spalten die Thatsachen wiederzugeben ohne besondere Zusätze; sie zählen zum voraus die Schäden auf, die aus einem Kriege erwachsen; ob gerecht oder ungerecht geführt, gilt für sie gleich; recht ist für diese, woraus ihnen ein Vortheil erwächst. Die übrigen italienischen Journale („Perseveranza" und manche andere Zeitungen ausgenommen) führen meistens keine feindliche Sprache gegen Deutschland, und vor den andern die ministeriell-demokratischen beleuchten die deutsch-dänische Angelegenheit vom richtigen Standpunkt. Die „Discussione" spricht in einem Leitartikel ihr Bedauern aus, daß die deutschen Verhältnisse in Italien so wenig gekannt seien, und schließt mit folgenden Worten: „Alle Fragen, welche gegenwärtig die Welt bewegen, finden sich vereint in der Frage der kleinen Elbherzogthümer, die Frage über die Geltung der Verträge von 1815, jene der Nationalität und jene des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Es sichert dies den Deutschen die Sympathie aller Liberalen." Die „Stampa", „Opinione", „Italia" und „Monarchia" zeigen sich freundlich für die Wünsche der deutschen Nation und ihr Streben nach politischer Einheit. Man kann also mit Recht behaupten, daß im Allgemeinen die Presse Italiens und daher die Majorität dieses Volkes sich für die Rechte Deutschlands ausspricht.

Frankreich.

Paris, 20. Jan. (Köln. Ztg.) Der heutige „Constitutionnel" enthält einen von Paulin Limayrac unterzeichneten, direkt aus der Kanzlei des Ministeriums des Aeußern hervorgegangenen Artikel, in welchem die neuesten Schritte der preußischen und österreichischen Regierung in der deutsch-dänischen Angelegenheit einer sehr heftigen Kritik unterzogen werden. Der Artikel scheint seine Sympathien den deutschen Mittel- und Kleinstaaten zuwenden zu wollen, und ist im Grunde zugleich auch eine Kriegsdrohung, deren Spitze vornehmlich an die Adresse des Kabinets von Wien gerichtet sein dürfte. Hiermit übrigens stimmt eine Nachricht überein, die mir so eben zugeht, nach welcher sich Drouyn de Lhuys wiederholt für eine Konferenz ausgesprochen hätte — wohl verstanden, wenn alle Betheiligten damit einverstanden seien. Außerdem hätte der Minister des Auswärtigen einem gestern hier eingetroffenen dänischen Spezialabgeordneten den Rath gegeben, „Dänemark möge vorläufig den deutschen Theil Schleswigs räumen."

† **Paris**, 21. Jan. In den ersten Tagen der Debatten im Gesetzgebenden Körper rief Hr. Picard aus: „Wir waren 5, — jetzt sind wir 30." Einige Wochen kaum sind seitdem verstrichen und nacheinander sah man die Zahl der mit der Opposition Stimmenden auf 40, 51 steigen, und gestern wurde das Amendement der HH. Picard und Gen. über die Munizipalitätsverfassung und die Stellung der Maires mit nur 167 gegen 63 Stimmen verworfen. Seit Eröffnung der Session hat sich die Opposition numerisch verdoppelt, moralisch verhundertfacht. Heute hat die Diskussion über das Gesetz der allgemeinen Sicherheit begonnen; es ist kaum nöthig, zu sagen, daß sie äußerst heftig war. Man versichert, daß Hr. Thiers hinsichtlich der mexikanischen Expedition Aktenstücke in Händen habe, die ein eigenthümliches Licht auf den wahren Ursprung dieses Unternehmens werfen; und man will wissen, daß er unter gewissen Eventualitäten entschlossen sei, von denselben im Lauf der Diskussion Gebrauch zu machen. — Die offiziösen Blätter und Korrespondenten haben die Weisung erhalten, die Politik der deutschen Großmächte in der schleswig-holsteinischen Frage zu bekämpfen. — Marquis Pasolini, welcher nach Turin zurückkehrt, nimmt sowohl von hier als von London den allerdringendsten Rath für die Regierung Victor Emanuel's mit, sich jedes herausfordernden Schrittes gegen Oesterreich strenge zu enthalten. — Heute fand die Bestattung des Adm. Hamelin mit großem Gepränge statt; den Katafalk in der Kirche des Invalidenhotels umgaben 26 Matrosen, die aus Cherburg gekommen waren. Als Kandidaten für die erledigte Würde eines Großkanzlers der Ehrenlegion nennt man nun auch den ehemaligen Kriegsminister General Schramm und den ehemaligen Gesandten in London, Hrn. v. Flahaut. — Der König von Portugal überschickte dem Herzog von Morny die höchsten Insignien des Thurm- und Schwertordens. Nur zwei Personen in Frankreich besitzen diese Dekoration. — Die englischen Consols kamen heute mit 3/8 Hausse; dennoch gelang es nicht, die Kurse zu heben. Rente bleibt unverändert 66.40. Credit Mob., etwas besser, 1020. Ital. Anl. 68.45. Die Bank von Frankreich hat ihren Disconto nicht erhöht.

Belgien.

Brüssel, 19. Jan. (Fr. J.) Die Repräsentantenkammer wird sich morgen bis zur Konstituirung eines neuen Kabinets vertagen. Wann diese erfolgen wird, weiß der liebe Himmel. Die Krisis ist nach Allem, was wir vernehmen, noch sehr weit von ihrer Lösung entfernt. Gestern hat die liberale Partei abermals einen ihrer Deputirten, Hrn. Dumont, durch den Tod verloren, und wird die dadurch erforderliche Neuwahl zu Alost abermals der katholischen Partei zu Gute kommen. Die Parteien stehen sich alsdann in vollkommen gleicher Stimmenzahl gegenüber.

Brüssel, 19. Jan. Herzog Karl von Glücksburg, der älteste Bruder des Königs von Dänemark, wird in den allernächsten Tagen mit seiner Familie hier erwartet.

Niederlande.

Aus dem Haag, 18. Jan. (Fr. J.) Der Großfürst Konstantin von Rußland ist Montag hier eingetroffen und wird mehrere Tage in der Residenz zubringen. Die Königin, welche etwas unpäßlich war, ist wieder ganz hergestellt. — In der zweiten holländischen Kammer hatte der Limburger Deputirte, Hr. van Wintershoven, den Vorschlag eingebracht, die von der Regierung als Quotenantheil für die deutsche Bundesexekution in Holstein beantragten 70,000 Gulden nicht zu bewilligen. Der Minister des Auswärtigen ad interim bekämpfte den Antrag, obwohl auch er bedauerte, durch die Macht der Verhältnisse gezwungen, eine derartige Kreditforderung stellen zu müssen. Er fügte aber hinzu, sollte die Aktion des Bundes sich über Holstein hinaus erstrecken wollen, so würde die niederländische Regierung nicht ferner mitwirken. Damit zeigte sich die Kammer insoweit zufriedengestellt und votirte das provisorische Budget. — Man bemerkt in neuester Zeit in Limburg auffallende Umtriebe, um nach irgend einer Weise sich der Autorität des Deutschen Bundes entziehen zu können. Dabei sind die Limburger noch nicht gut niederländisch. Wie es scheint, möchten sie am liebsten Belgier werden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 20. Jan. Das heutige „Journ. de St. Petersb." promulgirt den Handelsvertrag, den Vertrag zum Schutze der Literatur und über das Konsularwesen mit Italien. Morgen findet beim italienischen Gesandten, Marchese Pepoli, ein großes Musikfest statt.

Großbritannien.

London, 20. Jan. (Köln. Ztg.) Oesterreich hat hier das Versprechen abgegeben, daß es nur aus dem Grunde in Schleswig einrücken werde, um einen Konflikt zwischen Deutschland und Dänemark zu verhindern. Lord Russell wurde ersucht, dem dänischen Kabinet diesen Standpunkt der österreichischen Politik klar zu machen. Hier fühlt man sich dennoch beunruhigt, weil man nach Berichten aus Paris befürchtet, Frankreich werde Preußens und Oesterreichs Haltung dazu benützen, um sich in den Streit zu mischen. Darum befürwortet man auch von hier aus die dänische Note, welche auf Grundlage des Status quo eine Intervention der europäischen Mächte verlangt. Der dänische Reichsrath soll einberufen werden, so wie das österreichisch-preußische Ultimatum in Kopenhagen anlangt.

London, 21. Jan. Der „Times" zufolge macht jetzt Dänemark dem Vernehmen nach ein versöhnliches Anerbieten, indem es sich vorerst, wenn auch natürlich nicht in formeller Weise, zur Suspendirung der November-Verfassung verpflichtet.

London, 22. Jan. (W. T.-B.) Gut unterrichtete Kreise versichern, das dänische Kabinet habe seine Bereitwilligkeit zur Befolgung des Russell'schen Raths in Betreff der Verfassungssuspension erklärt; dagegen rechne es auf Suspension der Besetzung Schleswigs.

Baden.

H. Stockach, 20. Jan. Die Geldsammlungen für Schleswig-Holstein sind fortwährend dahier und in dem Amtsbezirk im Gang. Der ersten Sendung im Betrag von 300 fl. an die Zentralkasse des badischen Landesausschusses für Schleswig-Holstein ist unterm 18. d. M. eine zweite Sendung in gleichem Betrage von hier aus nachgefolgt.

Die gemeinsame Erklärung von Oesterreich und Preußen, dahin gehend, daß sie die schleswig-holsteinische Sache in die eigene Hand nehmen und die Besetzung Schleswigs als europäische Großmächte ausführen wollen, hat auch hier eine Stimmung hervorgerufen, die nicht näher charakterisirt zu werden braucht. Der Bezirksausschuß hat derselben in einer Eingabe an das großh. Ministerium des Auswärtigen einen energischen Ausdruck gegeben.

Vermischte Nachrichten.

— Speyer, 19. Jan. (Pf. Ztg.) In einer seiner letzten Sitzungen hat der hiesige Stadtrath beschlossen, die katholischen Mädchenschulen den Klosterfrauen zu entziehen und Lehrern zu übergeben.

— Wien, 18. Jan. (Köln. Z.) In Folge der anhaltenden strengen Kälte ist die Donau bei Wien stromaufwärts bis weit über Nußdorf und abwärts bis Preßburg mit einer festen stehenden Eisdecke, die nach angestellten Untersuchungen an vielen Stellen 18 Zoll dick ist, überzogen, so daß die Passage des Stroms zu Fuß und zu Wagen überall ungehindert und gefahrlos bewerkstelligt wird.

— Schweizer Blättern zufolge ist der Genfer See theilweise zugefroren.

Karlsruhe, 22. Jan. Der fünfte Vortrag des Hrn. Dr. Christ hatte zum Gegenstand: Ueber „Handelsgesellschaften im Allgemeinen und insbesondere über stille Gesellschaft und Kommandite, über Aktiengesellschaften, Banken und Banknoten." Wir hatten bisher nur Gelegenheit, begann der Redner, von dem Kaufmann als Einzelnem, als Individuum zu reden. Höchstens brachten wir ihn in Verbindung mit dem durch das neue Handelsgesetzbuch so wichtig gewordenen Prokuristen. Nun werden wir auch den Kaufmann in Gesellschaft zu betrachten haben. Durch die Erfindungen der Neuzeit, Dampf und Elektrizität, durch die Raschheit und Mannichfaltigkeit der Verbindungen, durch die Leichtigkeit, sich mit Blitzesschnelle von einem Pol der Erde zum andern seine Gedanken mittheilen zu können, hat das ganze Leben eine andere Richtung erhalten. Alles drängt nach Vereinigung hin, in Wissenschaft, Kunst, Industrie und Gewerbe. Man sollte nun glauben, daß der Vertreter des Handels und Verkehrs, der Kaufmann, vor Allem berufen sei zur Vereinigung. Dem ist nicht so. Gerade der Kaufmann vor Allem sollte suchen, sich von Assoziation so viel als möglich fern zu halten. Das beste Geschäft ist dasjenige, welches man mit eigenen Kräften und eigenen Mitteln treiben kann. Diesem Grundsatz huldigte von je her das nüchterne, praktische England und das in kaufmännischen Dingen als Muster der Solidität geltende Holland.

Sobald ein Kaufmann in eine gesellschaftliche Verbindung tritt, gibt er in der Regel zwei Dinge hin, seinen Frieden und seine Freiheit. Ein alter römischer Spruch sagt: „Die Gesellschaft ist die Mutter der Zwietracht." Natürlich, Zwietracht kommt von Zwei, der Zweiheit, dem Gegensatz, dem Widerspruch her. Der in gesellschaftliche Verbindung getretene Kaufmann ist nicht mehr absolut Herr seines Willens. Die Entscheidung über seine geschäftlichen Handlungen steht nicht mehr ihm allein und in letzter Instanz zu. Er braucht zu allen seinen Maßnahmen das Einverständniß und die Zustimmung eines Dritten. Und dennoch gibt es Verhältnisse, wo die gesellschaftliche Vereinigung des Kaufmanns schon nach dem Prinzip der Theilung der Arbeit nicht mehr vermieden werden kann. Gerade in Folge der Erfindungen der Neuzeit, durch die Erleichterung und Mannigfaltigkeit des Verkehrs, werden sich die Geschäfte mehr und mehr in den günstiger gelegenen oder sonstige Vortheile darbietenden Städten, als einzelnen Hauptplätzen, zentralisiren.

Eine Hauptaufgabe der Handelskammern und Gemeinderäthe wird es daher sein, diesen Verkehr ihren Wohnorten zuzubereiten. Wo sich nun die Massenhaftigkeit der Geschäfte durch die Kräfte des Einzelnen nicht mehr bewältigen läßt, da ist es ein Gebot der Nothwendigkeit, für den Kaufmann in gesellschaftliche Verbindung zu treten.

Es gibt zwei Hauptarten von Gesellschaften: die offene und die Aktiengesellschaft. In der offenen Gesellschaft geht der Gesellschaftszweck in der Person auf. Der Genosse ist der Leiter und Verwalter, der Berechtigte und Verpflichtete der Gesellschaft selbst. Mit einem Wort, der offene Gesellschafter muß mit seiner Person und seinem ganzen Vermögen für die Gesellschaft einstehen. In der offenen Gesellschaft ist zu allen Gesellschaftshandlungen, welche eine Verpflichtung involviren, Stimmeneinheit der Genossen nöthig. Es darf nichts geschehen gegen den Willen eines Genossen, und dadurch eben ist die persönliche Verpflichtung eines Jeden in der offenen Gesellschaft begründet.

Die Aktiengesellschaft ist das diametrale Gegentheil von der offenen Gesellschaft. In der Aktiengesellschaft geht die Person im Gesellschaftszweck auf. Die Gesellschaft als solche ist das Bestimmende und nicht die Personen. Hier liegt die Leitung und Verwaltung, Berechtigung und Verpflichtung in einem von den einzelnen Mitgliedern verschiedenen Dritten. Bei der Aktiengesellschaft gilt nicht Stimmeneinheit, sondern Stimmenmehrheit. Es können daher Beschlüsse gefaßt und zur Ausführung gebracht werden, welche dem Willen und der Ueberzeugung des einzelnen Aktionärs entgegen stehen. Aus diesem Grunde kann er auch nicht mit seiner Person und seinem ganzen Vermögen für die Gesellschaftszwecke verpflichtet sein. Die Einzelnen verbinden sich bei Aktiengesellschaften daher blos mit Einlagen oder Beiträgen, indem sie ihr übriges Vermögen und ihre Person von der Gesellschaft frei halten. (Schluß folgt.)

Widerruf.

Da die meisten Veteranenoffiziere der Landwehr und freiwilligen Jäger auf unsern Aufruf vom 1. d. M. zur 50jährigen Erinnerungsfeier des Ausmarsches der Landwehr auf 1. k. M., anstatt zur Theilnahme an solcher sich anzumelden, sich entschuldigen wegen vorgeschrittenen Alters, Unwohlseins, Gebrechlichkeit und Furcht vor der ungünstigen Jahreszeit zur Festfeier, und nur ganz Wenige sich mit Vorbehalt guten Wetters und fester Gesundheit zum Feste angemeldet haben, so kann solches wegen zu geringer Betheiligung nicht stattfinden, und verändern wir demnach unsern Aufruf in diesen Widerruf.

Wir sind unserer Auflage vom 1. Febr. 1839 durch Einladung zum letzten Verles nachgekommen; da aber dieser nun nicht stattfinden kann aus den angegebenen Ursachen, so warte Jeder ruhig seinen Zapfenstreich ab, bis wir nach solchem bald Alle uns in der großen Garnison wieder sehen.

Heidelberg und Freiburg, 21. Jan. 1864.

Killy. Seemann.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

21. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28"2,57'''	— 2,0	S.W.	schw. bew.	dunstig, Frost.
Mittags 2 „	„ 1,69'''	+ 2,2	„	„ „	sonnenkl., frisch.
Nachts 9 „	„ 1,50'''	+ 1,5	„	stark „	trüb, „

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 24. Jan. 1. Quartal. 14. Abonnementsvorstellung. **Die Stumme von Portici**; große Oper in 5 Akten, von Auber.

Z.d.603.II. Karlsruhe.

Cirque Hinné
(auf dem Schloßplatz).

Die Vorstellungen beginnen in den nächsten Tagen. Bestellungen für Logen und numerirte Sitze werden von heute an an der Kasse des Cirque Hinné von Morgens 10 — 12 Uhr und von Nachmittags 2 — 5 Uhr durch meinen Geschäftsführer, Hrn. Ferdinand Peter, entgegen genommen. Preise der Plätze sind folgende: Logensitz 1 fl. 36 kr. — Num. Sitz 1 fl. 12 kr. — I. Platz 48 kr. — II. Platz 36 kr. — III. Platz 18 kr. (I., II. u. III. Platz-Billets sind am Tage der Vorstellungen zu haben). Kinder unter 10 Jahren zahlen für I. u. II. Platz die Hälfte. Hochachtungsvoll

Charles Hinné, Direktor.

Z.d.656. Karlsruhe.

Lehrlingsgesuch.

Ein gesitteter junger Mensch mit gutem Schulsack findet bis Ostern hier eine Lehrlingsstelle bei

Hofkonditor **Konrad Ritzhaupt.**

Offene Lehrlingsstelle.

Z.d.601. In ein Spezerei- und Tuchwaarengeschäft einer Stadt des Mittelrheinkreises wird ein Lehrling aus guter Familie gesucht, der in drei Monaten eintreten könnte. Franko-Offerten besorgt die Expedition dieses Blattes.

Z.d.454. **Lörrach. Geübte Posamenter und Winderinnen finden sofort dauernde Beschäftigung bei sehr gutem Lohne bei Bischoff und Söhne in Lörrach.**

Z.d.641. Lenzkirch.

Post- u. Telegraphengehilfe,

ein tüchtiger, mit Zeugnissen versehener, zuverlässiger Mann findet bei großherzogl. Posthalterei eine Stelle. Eintritt kann sogleich geschehen.

Lenzkirch, den 21. Januar 1864.

Ketterer, Posthalter.

Z.d.628. Rastatt.

Einsteher-Gesuch.

Ein Dragoner, dessen Dienstzeit bis 1. April d. J. zu Ende geht, sucht einen Einsteher.

Näheres zu erfragen bei **W. Hanemann** in Rastatt.

Z.d.607. Gengenbach.

Anzeige.

Ich mache hiemit die ergebene Anzeige, daß ich 2- und 3jährige **Rebwürzlinge** abzugeben habe,

als: circa 40,000 Stuck schwarze Burgunder,
15,000 „ Räuschling der große,
12,000 „ Elbenen,
13,000 „ Klevner, auch Traminer genannt,
13,000 „ Ruländer, auch Trußer genannt,

4000 weiße und rothe Gutedel, 400 weiße und rothe Muskateller, 500 Malvasie, Gutedel-Muskateller, frühe Jakobstrauben und sonstige Tafeltrauben;

1500 St. veredelter und schön gepflanzter hochstämmiger Aepfel-, Birn- und Nußbäume.

Prompte Bedienung und billigen Preis sichert zu

Kunstgärtner **Haas.**

Masken-En-gros-Lager

das Dutz. $7\frac{1}{2}$ Sgr. und höher.

Glacéhandschuhe,

in allen Farben, **Damen** 3 Thlr., **Herren** $3\frac{1}{2}$ Thlr.
bei 12 Dutzend „ $2\frac{2}{3}$ „ „ $3\frac{1}{6}$ „

Z.d.611. **P. W. Feldhaus** in **Cöln.**

Z.d.627. Heidelberg.

Anzeige.

Pferdehändler **Wolff** ist mit einem Transport (2[illegible] Stück) Mecklenburger Reit- und Wagenpferde angekommen in Heidelberg.

Z.d.374. Carlsthal bei Haigerloch.

Verkauf eines Baumwollspinnerei-Etablissements.

Die fürstliche Baumwollspinnerei Carlsthal im Eyachthale, unmittelbar an der Thalstraße von Haigerloch über Imnau in das Neckarthal gelegen, von der Stadt Haigerloch auf 10 Minuten, von den stark bevölkerten Ortschaften Trillfingen, Bittelbronn, Weildorf, Gruol, Stetten auf $\frac{1}{4}$ bis 1 Stunde, von dem Badorte Imnau auf 1 Stunde, und von der Oberneckarthal-Eisenbahnstation Weitingen auf $2\frac{1}{2}$ Stunden entfernt, ist zum Verkaufe ausgesetzt.

Zu diesem Etablissement gehören:

a) Gebäulichkeiten.

1) Das im Jahr 1838/39 in 4 Stockwerken massiv erbaute Fabrikgebäude, $92\frac{1}{2}$' lang und 64' tief. Unmittelbar daran ist gleichzeitig
2) die Radstube mit Gerinn und Schütze, und im Jahr 1861
3) die Reparaturwerkstätte erbaut worden. Dieser Anbau ist 64' lang und 30' tief;
4) daneben steht das Dampfmaschinen- und Kesselhaus, im Jahr 1854 neu erstellt.

Vor dem Fabrikgebäude dehnt sich ein weiter, mit eiserner Umzäunung abgeschlossener Hofraum aus, an welchen sich einerseits

5) das im Jahr 1848/49 in 2 Stockwerken neu erbaute Verwaltungsgebäude, und anderseits
6) das gleichzeitig aufgeführte Magazin anschließt.

Im Hofraum hinter dem Fabrikgebäude steht

7) das sehr geräumige, 80' lange, 30' breite Holzmagazin.

b) Grundstücke.

Hofraum . . . . $1\frac{1}{8}$ Morgen 10,8 Ruthen.
Garten, Wieswachs 2c. $1\frac{3}{8}$ „ 7,5 „
$2\frac{1}{8}$ Morgen 18,3 Ruthen.

c) Wasserkraft,

der Eyach, durch eine im Jahr 1838 dauerhaft erstellte Wehr- und Kanalanlage gewonnen. Der Kanal ist theilweise überwölbt und mißt in ganzer Länge 2990'.

d) Motoren.

Wasserrad — ein gut konstruirtes Kropfrad — Dampf-Hochdruckmaschine mit verstellbarer Expansionsvorrichtung, auf 30 — 45 Pferdekraft zu benützen, dazu gehören 2 Dampfkessel mit Ausrüstung.

e) Vorgelege und Transmissionen in den 4 Etagen des Fabrikgebäudes und der Reparaturwerkstätte mit Regulator.

f) Maschinen und Apparate, wie sie vorhanden sind, werden gleichzeitig verkauft.

Die Verkaufsobjekte können jeder Zeit eingesehen werden; die unterfertigte Fabrikverwaltung wird überdies alle wünschenswerthen Auskünfte mündlich und schriftlich ertheilen. Bei derselben liegen auch die Kaufbedingungen zur Einsichtnahme vor.

Der öffentliche Verkauf wird am 30. Januar 1864, Vormittags 10 Uhr, auf der Kanzlei f. Fabrikverwaltung verhandelt, und werden Kaufliebhaber hiezu eingeladen.

Carlsthal bei Haigerloch, den 1. Januar 1864.

Fürstlich hohenzollern'sche Fabrikverwaltung.

Z.d.659. Billigheim.

Apotheke-Verkauf.

Mit obervormundschaftlicher Ermächtigung vom 30. Dezember 1863, Nr. 135, lassen die Apotheker Christian Kreß Erben von hier

Dienstag den 1. März l. J.,
Vormittags 10 Uhr,

auf dem Rathhause zu Billigheim öffentlich versteigern:

1) Ein zweistöckiges, von Stein erbautes Wohnhaus mit Apotheken-Gerechtigkeit und Einrichtung, sammt Waaren und Materialienvorräthen;
2) ein zweistöckiges [illegible] Häuschen an obiges angebaut;
3) ca. 2 Vrtl. Baum- und Gemüsegarten.

Alles zusammen ein Ganzes bildend, im Anschlage zu . . . . . 16,500 fl.,

wobei bemerkt wird, daß die Zahlungstermine für den Käufer äußerst günstig gestellt sind, und die Bedingungen jederzeit auf dem Rathhause dahier eingesehen werden können.

Billigheim, den 19. Januar 1864.

Das Waisengericht.
Bit, Bürgermstr.

Z.e.389. Nr. 464. Karlsruhe.

Fahrnißversteigerung.

Aus dem Nachlasse der Ehegattin des Aktuars Karl Bottlinger, Auguste, geb. Strunz dahier, werden in dessen Wohnung, Kronenstraße Nr. 30 dahier, am

Mittwoch den 27. d. Mts.,
Vormittags 9 und Nachmittags 2 Uhr

anfangend, nachstehende Fahrnisse, als:

Gold und Silber, Frauenkleider, Bett- und Leingeräthe, Schreinwerk, Küchengeschirr und allerlei Hausrath,

gegen baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Karlsruhe, den 21. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
G. Gerhard.
vdt. Holz.

Z.e.395. Nr. 467. Karlsruhe.

Fahrnißversteigerung und Schuldenliquidation.

Aus dem Nachlaß des Herrn Adolf Griesselich, großh. Oberlieutenant von hier, werden die vorhandenen Fahrnisse in seiner Wohnung, Hirschstraße Nr. 1, versteigert, und zwar

Donerstag den 28. d. M.:
Vormittags 9 Uhr und Mittags 2 Uhr,

6 Ansbach-Gunzenhausen 7-fl.-Loose, Gold, Silber, Bücher, Waffen, 2 Pferdgeschirre, Reitzeug, Sattel und sonstiger Hausrath;

Freitag den 29. d. M.,
Vormittags 9 Uhr:

Kleidungsstücke, Bettung, Weißzeug, Schreinwerk und sonst verschiedener Hausrath.

Zugleich werden die Gläubiger, welche eine Forderung zu machen haben, hiermit aufgefordert, solche

Mittwoch den 3. Februar d. J.,
Vormittags von 8 bis 12 Uhr,

bei dem großh. Notar Beck, in seiner Wohnung Langestraße Nr. 193 dahier, anzumelden und zu begründen, ansonst sie bei der Massevertheilung unberücksichtigt bleiben müßten.

Karlsruhe, den 22. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
G. Gerhard.
vdt. W. Schumacher.

Z.e.396. Nr. 468. Karlsruhe.

Schuldenliquidation und Fahrnißversteigerung.

Aus dem Nachlasse der Bäckermeister Joseph Seyfried's Wittwe, Karoline, geb. Schlegel, von hier, werden am

Dienstag den 26. d. M.,
Vormittags 9 Uhr,

in ihrer Behausung, Langestraße Nr. 211 a, versteigert:

Frauenkleider, Bettung, Weißzeug, Schreinwerk, Küchengeschirr und sonst verschiedener Hausrath.

Zugleich werden die Gläubiger, welche eine Forderung zu machen haben, hiemit aufgefordert, solche

Montag den 1. Februar d. J.,
Vormittags von 8 bis 12 Uhr,

bei dem großh. Notar Beck in seiner Wohnung, Langestraße Nr. 193 dahier, anzumelden und zu begründen, ansonst sie bei der Massevertheilung unberücksichtigt bleiben müßten.

Karlsruhe, den 22. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
G. Gerhard.
vdt. H. Hoffmann.

Z.d.625. Karlsruhe.

Lieferung eichener und tannener Schwellen für Eisenbahnen.

Zum Bau der Eisenbahn von Offenburg bis Hausach soll die Lieferung von

5,200 Stück eichenen Stoßschwellen,
1,000 „ „ Zwischenschwellen,
40,000 „ tannenen Zwischenschwellen

in Akkord vergeben werden.

Ueber die Beschaffenheit der Schwellen, sowie über die nähern Bedingungen des Lieferungsakkords, welcher innerhalb des Jahres 1864 vollzogen werden soll, kann sowohl bei der Eisenbahnbau-Inspektion Gengenbach als auch bei der diesseitigen Stelle Auskunft erlangt werden.

Diejenigen, welche zur Uebernahme der Lieferung im Ganzen oder zum Theil geneigt sind, werden eingeladen, ihre Anerbietungen in portofreien, mit der Aufschrift „Schwellenlieferung" versehenen Briefen bis zum 8. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, bei diesseitiger Stelle einzureichen.

In diesen Briefen ist bestimmt anzugeben, wie viel Schwellen jeder Sorte, auf welche Güterstation der badischen Eisenbahn, oder welchen Punkt zwischen Offenburg und Hausach, und um welche Einzelpreise geliefert werden wollen.

Karlsruhe, den 20. Januar 1864.

Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.
Baer.
C. W. Fesenbeckh.

Z.d.578. Karlsruhe.

Holzversteigerung.

Montag den 25. Januar 1864, Morgens 9 Uhr, werden auf großherzoglicher Favorite nachstehende Holzsortimente einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, als:

7 Stämme rothe Ahorn,
30 „ Eichen,
4 „ Lerchenholz,
40 „ Tannen-Bauholz,
27 „ tannene Sägklötze,
26 „ Wagnerholz,
13 Klafter gemischtes Brennholz,
1588 Stück gemischte Wellen.

Karlsruhe, den 18. Januar 1864.

Großh. Gartendirektion.
Held.

Z.d.640. Völkersbach.

Holzversteigerung.

Die Gemeinde Völkersbach läßt

Mittwoch den 27. d. M.

aus ihrem Gemeindewald folgendes Wagner-, Bau- und Nutzholz öffentlich versteigern:

60 Stück Eichen, darunter 2 Holländerstämme,
24 „ Forlen, 16 eichene Stangen, 1 buchenen Klotz.

Die Zusammenkunft ist am bestimmten Tage Morgens 9 Uhr am Rathhause dahier.

Völkersbach, den 20. Januar 1864.

Bürgermeisteramt.
Artmann.

Z.d.604. Nr. 61. Grötzingen, Oberamts Durlach.

Stammholzversteigerung.

In den hiesigen Gemeindewaldungen werden bis

Montag den 1. Februar d. J.,
früh 9 Uhr,

zu Eigenthum versteigert:

23 Stämme Eichen, zu Holländer und Nutzholz,
54 „ Erlen, 4 Ruschen und 1 Weide.

Die Zusammenkunft ist an gedachtem Tage im Bergwald bei den Kalksteinbrüchen.

Grötzingen, den 20. Januar 1864.

Bürgermeisteramt.
Kurzmann.
vdt. Jordan, Rathschr.

Z.e.343. Nr. 252. Baden. (Bedingter Zahlungsbefehl.)

J. S.
Salome Reeb von hier, Klägerin,
gegen
Frau Lafitte aus Frankreich, Beklagte,
Forderung von 34 fl. 4 kr. für Wasch betr.

Beschluß.

Die Beklagte wird angewiesen, entweder den klagenden Theil zu befriedigen, oder, wenn sie die gerichtliche Verhandlung der Sache verlangt, dies binnen 8 Tagen anher anzugeben, ansonst auf weiteres klägerisches Anrufen die Forderung für zugestanden erklärt würde.

Die Erklärung, daß die gerichtliche Verhandlung der Sache verlangt wird, kann die Beklagte binnen 8 Tagen mündlich oder schriftlich bei diesseitigem Gericht vorbringen.

Dies wird der Beklagten mit Dem eröffnet, daß sie binnen 8 Tagen einen am Ort des Gerichts wohnenden Gewalthaber aufzustellen habe für den Empfang aller Einhändigungen, welche nach den Gesetzen der Partei selbst oder an deren wirklichem Wohnsitz geschehen sollen.

Dieser Gewalthaber muß in jedem Fall mit einer besondern, in öffentlicher Urkunde ausgestellten Vollmacht versehen sein, wenn nicht die Ernennung von der Partei persönlich vor Gericht geschieht.

Unterläßt dies die Beklagte, so werden alle weitern Verfügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie eröffnet oder eingehändigt wären, nur am Sitzungsort des Gerichts angeschlagen.

Baden, den 9. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Schultz.

Z.d.592. Nr. 828. Offenburg. (Schuldenliquidation.) Philipp Fischer, ledig, von Windschläg, will nach Nordamerika auswandern. Etwaige Forderungen an denselben sind in der auf

Mittwoch den 3. Februar,
Vorm. 9 Uhr,

anberaumten Liquidationstagfahrt dahier geltend zu machen, ansonst dem Gesuch stattgegeben wird.

Offenburg, den 19. Januar 1864.

Großh. bad. Oberamt.
Montfort.

Z.e.381. Nr. 649. Radolfzell. (Diebstahl und Fahndung.) In der Nacht vom 15. auf 16. d. M. wurde aus der Kapelle an der Straße von Bohlingen nach Ueberlingen am Ried das in Holz ausgeschnittene, etwa $2\frac{1}{2}$ Fuß hohe und in Oelfarbe gefaßte Bild des hl. Nepomuk, im Werthe von ca. 20 fl., und von einem steinernen Kreuz an der Straße von Bohlingen nach Singen das metallene und vergoldete Christusbild, im Werthe von ungefähr 10 fl., entwendet, und an diesem Kreuze die Inschrift und Verzierung beschädigt.

Wir bitten um Fahndung auf das Entwendete und den Thäter.

Radolfzell, den 16. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dietsche.

Z.e.393. Nr. 567. Tauberbischofsheim. (Aufforderung.) Der ledige, 20 Jahre alte Joseph Wolf von Eiersheim ist der Entwendung eines Dreschflegels, damit des dritten Diebstahls angeschuldigt und wird hiermit aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß würde gefällt werden.

Tauberbischofsheim, den 18. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Bulster.
Lipp, A. j.

Z.e.361. Nr. 1494. Freiburg. (Berichtigung.) Der von uns mit Verfügung vom 5. d. M., Nr. 293 (Karlsruher Zeitung Nr. 8), wegen Desertion ausgeschriebene Füsilier heißt Michael „Zeller" (nicht „Zoller").

Freiburg, den 18. Januar 1864.

Großh. bad. Landamt.
Hippmann.

Z.d.589. Nr. 198. Breisach. (Erledigte Stelle.) Bei diesseitiger Verrechnung ist die erste Steuergehilfenstelle mit 500 fl. Gehalt und Diensteintritt bis längstens 18. April d. J. erledigt.

Breisach, den 18. Januar 1864.

Großh. Hauptsteueramt.
Großmann.

Z.e.335. Nr. 492. Ladenburg. (Erledigte Aktuarstelle.) Bei diesseitigem Gerichte ist die Stelle eines Aktuars mit 400 fl. Gehalt auf 1. März d. J. zu besetzen. Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse sofort melden. Ladenburg, den 18. Januar 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Bender.

Z.d.614. Eppingen.

Dienstantrag.

Ein zuverlässiger junger Mann, welcher möglichst schon im Steuerperäquationsfach geübt, findet bei dem Unterzeichneten gegen entsprechenden Gehalt Beschäftigung. Eintritt längstens bis 1. Mai l. J.

Eppingen, den 20. Januar 1864.

Steuerperäquator Bickel.

Frankfurt, 21. Jan. 1863.

Staatspapiere.

		per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —
„	5% do. in holl. St.	— —
„	5% do. 1852 in Lst.	76 P.
„	5% do. 1859 „ „	76 3/8 P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91 P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	— —
„	5% Nat.-Anl. 1854	63 3/8 b. G.
„	5% Met.-Obligat.	56 G.
„	5% do. 1852 C. b. R.	— —
„	4½% Met.-Oblig.	49¾ G.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	104 P.
„	4½% do.	99¾ G.
„	4% do.	— —
„	3½% Staatssch.	87¾ P.
Bayern	4½% 1jährig.	101 3/8 b.
„	4½% ½jährig	101 3/8 P.
„	4% 1jährig	99 7/8 P.
„	4% ½jährig	100 P.
„	4% Ablös.-Rente	99 5/8 P.
„	3½%	96 P.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104 3/8 P.
„	4% dto.	100½ P.
„	3½% dto.	95 P.
Baden	4% Obligation.	100 P.
„	3½% dto. v. 1842	91 7/8 P.

		per compt.
G.-Hess.	5% Obligation.	101 5/8 G.
„	4% dto.	99¼ P.
„	3½% dto.	94 P.
Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101 G.
„	4½% dto.	100 7/8 G.
„	4% dto.	98¾ P.
„	3½% dto.	92½ G.
Brschw.	3½% O. b. R. à 105	91¼ P.
Lrbg.	4% O. Fr. à 28 tr. b. E.	91¼ G.
Frankf.	3½% Obligation.	88¼ P.
„	3% dto.	— —
Rußl.	5% Obl. inL. à fl. 12	86 P.
Finnl.	4½% Obl. i. R. à 105	84 7/8 P.
Span.	3% inl. Schuld	50 5/8 P.
„	2% Schuld	45 7/8 P.
Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 fr.	99 7/8 P.
Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
Schwd.	4½% Obligation.	94 5/8 G.
„	4½% Pfbf. b. B. & E.	95½ P.
Schwz.	4½% E. O. Fr. à 28 f.	101¼ P.
„	4½% Bern. St.-O.	100½ G
„	4% dto.	— —
„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97¼ P.
N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
„	5% do. 1871 u. 74	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	— —
„ 250 „ „ 1854	72¼ P.
„ 100 „ Pr. L. 1858	125½ G.
„ 500 „ v. 1860 6/7	75¾ b.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9 5/8 P.
Bad. 50-fl.-Loose	111¾ P.
„ 35- „ „	52½ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53 1/8 P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	132½ G.
„ 25 „ „	39 P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	38 7/8 P.
Sard. 36 Fr. L. b. R.	58½ P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	34¼ P.
3% L. A. d. St. Brüff.	95 P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	34 P.
3% Bordeaux 100 Fr	87 P.
Ansb.-Gunzenh. L.	12 P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	t. S.	99¼ G.
Antwerpen	„	92⅞ G.
Augsb. 20 fl.	100 „	100 B.
Berlin	„	105⅛ B.
Bremen	„	96¼ G.
Brüssel	„	92⅞ G.
Cöln	„	105⅛ B.
Hamburg	„	88¼ G.
Leipzig	„	104⅜ G.
London	„	117⅜ G.
Maild. i. Fr.	200 „	92⅞ B.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	92⅞ G.
Wien	„	95⅛ b.
Disconto		4½% G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	133⅜ P.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	49¾ G.	Gold und Silber.	
5% Oesterr. Bank-Aktien	748 b.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50½ G.	Pistolen fl.	9 38 -39
3% „ Cred. A. i. O. W.	170½ bG	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	76⅝ P.	Preuß. Frd'or. „	9 56 -57
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	71¾ P.	Holl. fl. 10 St. „	9 44½-45½
3% Darmst. B.-A. à fl. 250	210 P.	5% Bdb. W.-B. P. i. S. b. R 6/7	80⅝ G.	Rand-Ducat. „	5 32 -33
4% Weimar. Bank-Aktien	86½ G.	4½% Hess. Ldwgsb.-Prior.	100¾ G.	20-Frankenst. „	9 19 -20
4% Mittelb. Cr.-A. à 100 Th.	90½ G.	4% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	74⅝ G.	Engl. Sover. „	11 40 -44
4% Luxemb. Bank-Aktien	107 P.	5% „ „ 2. „ „	— —	Gold pr. Zpfd. „	803 -8
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	97¾ P.	Hh. Silb. p. Zpfd. „	52 6 -36
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	321 P.	4% „ „ „	97¾ G.	Preuß. Cassch. „	1 44 7/8-45 1/8
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	— —	4½% Rhein-Naheb. Pr. O.	97⅝ G.	Doll. in Gold „	2 25 -26
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	184 P.	4½% Frkft.-Han. Prior. O.	— —		
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	— —	5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	— —		
Rhein-Nahe-Bahn	25 G.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	250½ G.		
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	137¼ P.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —		
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	103¾ G.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	107⅝ G.		
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	108⅛ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	156 P.		
4% Hess. Ludwigsbahn	120⅝ G.	4% Frkf. Provident. 10% „	92½ P.		
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	100 P.		

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.